

Aus dem Inhalt

Medizin

Wissenschaft
für die Praxis 4

Praxis-Tipp
Unorthodoxe Methoden
in der Palliativmedizin..... 6

Fortbildung
Prim. Winkler über
„Medizin in Wien 2010“ 10

Stoffwechsel
Neueste Erkenntnisse
zur Adipositas 12

Kinderwunsch
Neues Buch warnt vor
Unfruchtbarkeitsfälle 16

Nephritis
Welche Medikamente
der Niere schaden..... 27

Politik & Praxisführung

ELGA
Hausärzte fürchten
um Datenschutz..... 17

Oö. Gesundheitspolitik
LH Pühringer koordiniert
Gesundheitsagenden..... 18

Behinderung
Wie die Universitäten
damit umgehen..... 20

Medikamente
Neue Linie der SGKK
bei der Erstattung 21

Wirtschaftskrise
Gesundheitssektor als
Wachstumslokomotive? 22

Schwerpunkt Männergesundheit

Kongress WCMH
Um die Männergesundheit
ist es schlecht bestellt 29

Depression
Bei Männern häufig
gar nicht diagnostiziert..... 31

Serie Sexualmedizin
Anamnese und Diagnose
der häufigsten Störungen..... 32

Gemeindenahere Gesundheitsförderung

Das Potenzial der Bevölkerung

WIEN – Die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung, die bereits 1986 verabschiedet wurde, enthält den ausdrücklichen Aufruf zur Mitwirkung und Mitbestimmung in Gesundheitsbelangen durch die Bevölkerung. Das Thema Gesundheitsförderung im kommunalen Setting stand auch im Mittelpunkt der 11. Präventionstagung, die vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) Anfang November veranstaltet wurde.

Notwendige Voraussetzungen für die Umsetzung umfassender Partizipation sind die Aufnahme des Dialogs zwischen Bürgern und (kommunaler) politischer Ebene sowie die verbindliche Unterstützung der Beteiligungsprozesse durch politische Entscheidungsträger. PATRICK ROTH, Fachexperte vom Schweizer Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention, plädiert daher dafür, die Menschen in den Kommunen systematisch in Entscheidungs- und Planungsprozesse mit einzubeziehen. „Wesentlich ist, dass es nicht einfach nur um das Verhalten und die Beteiligung der Personen geht, sondern immer auch um die Lebensumstände“, so Roth.

Der „Setting-Ansatz“ beeinflusst das Gesundheitsverhalten der Bürger dort, wo es entsteht; er vermindert lebensstilbedingte Risiken, schafft Kompetenzen und damit die Voraussetzungen, dass Menschen die Bedingungen ihrer Gesundheit selbst günstig gestalten können. Indem die gesamte Lebenswelt in den Blick genommen wird, können Verhaltens- und Verhältnisprävention mit Bürgerbeteiligung verbunden werden; gesundheitsgerechte Strukturen und Prozesse sowie die Vernetzung der Akteure der Gesundheitsförderung werden nachhaltig unterstützt.

Empowerment als zentrale Strategie

Empowerment meint die Verbesserung der Fähigkeiten und des Selbstvertrauens der Bürger, die eigene Gesundheit und die Lebensbedingungen zu verbessern. Auf der individuellen Ebene bezieht sich Empowerment auf die Fähigkeit des Einzelnen, Entscheidungen zu treffen und die Kontrolle über das persönliche Leben zu haben. Auf der Gemeinschaftsebene wird unter Empowerment politische Beteiligung bzw. das Schaffen eines förderlichen Klimas für Selbstorganisation und Zusammengehörigkeit mit dem Ziel, die kommunale Lebensqualität zu verbessern, verstanden. Hinsichtlich der Möglichkeit zur Partizipation werden, je nach Ausprägung der Ergebnisoffenheit, verschiedene Möglichkeiten unterschieden, die von Mitsprache über

konkrete Mitwirkung bis zu Mitbestimmung reichen. Aber auch wenn die Möglichkeit zur Partizipation besteht, bedeutet dies noch lange nicht, dass diese auch von den Bürgern in Anspruch genommen wird. „Notwendig sind deshalb Überlegungen, welche Formen zusätzlicher Aktivierung möglich bzw. welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um die angesprochenen Bevölkerungsgruppen zu ermutigen und ihnen etwaige Ängste zu nehmen“, betonte Roth. „Beteiligungsverfahren bewirken,

Für alle, die ein Sexualeben fast wie früher haben möchten.



Fachkurzinformation auf Seite 34

dass sich die Bevölkerung von der Gemeinde ernst genommen fühlt“, erklärte Patrick Roth. Die Gemeinde wiederum profitiert von der Arbeit mit der Bevölkerung insofern, als sie eine hilfreiche Analyse der lokalen Lebens- und Umweltbedingungen erhält. Partizipation verstanden als motivierender gesellschaftlicher Prozess veranlasst Bürger, aktiv an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mitzuwirken. Sie wirkt identitätssteigernd, stärkt Selbstvertrauen und (Eigen-)Verantwortung und erhöht die Lebensqualität vor Ort.

Dr. BETTINA REIMANN, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin, widmete sich bei der österreichischen Präventionstagung der Frage, was Stadtteile zu Orten der Gesundheitsförderung macht. Da sich soziale Ungleichheiten auch räumlich abbilden, gewinnt die Perspektive des Stadtteils für die Gesundheitsförderung zunehmend an Relevanz. Die Themen Stadtentwicklung und Gesundheit müssen daher stärker



Foto: Bilderbox.com

Städte oder Stadtteile stellen komplexe Settings für die Gesundheitsförderung dar. Die Netzwerkentwicklung muss systematisch vorangetrieben werden.

als bisher miteinander verknüpft werden, um Gesundheitsförderung auch in sozial und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen zu fördern. In diesem Bereich existiert derzeit nur wenig Erfahrung, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass der Stadtteil im Vergleich zu anderen Settings hinsichtlich des Akteurspektrums und der Kooperationsstrukturen sehr komplex gestaltet ist.

Programm Soziale Stadt

Ausgangspunkt für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt (www.sozialestadt.de) das vor zehn Jahren gestartet wurde, war die Tatsache, dass es in benachteiligten Gebieten eine Reihe von sozial und umweltbedingten Gesundheitsrisiken wie z.B. Armut, ungesunden Lebensstil, hohe Verkehrsbelastung und einen Mangel an Grün- und Freiflächenausstattung gibt. Mit Hilfe des Programms werden in benachteiligten Städten bzw. Stadtteilen, unter Einsatz von

verschiedenen Instrumenten wie z.B. Empowerment, lokales Quartiermanagement etc., Instrumente und Verfahren ins Leben gerufen, die diese Stadtteile stärken. Voraussetzung, um Gesundheitsförderung auf der Stadtteilebene aufbauen und umsetzen zu können, ist das Wissen, wo im Stadtteil die lokalen, sozialen und gesundheitlichen Problemlagen, Potenziale und Bedarfe angesiedelt sind.

„Die Umsetzung von gesundheitsfördernden Strukturen und Maßnahmen wird“, so Dr. Reimann, „beispielsweise durch die Wahl eines sehr umfassenden Begriffs der Gesundheitsförderung, der ein breites Spektrum an Handlungsfeldern umfasst, unterstützt.“ Notwendig sei weiters die Sicherstellung einer ressortübergreifenden Kooperation in der Kommunalverwaltung (z.B. zwischen Gesundheits- und Umweltämtern oder zwischen Kommune und Krankenkassen). Die Netzwerkentwicklung im Stadtteil muss systematisch vorangetrieben werden; lokale Koordinierungsstellen zur Gesundheitsförderung im Stadtteil wirken förderlich. „Grundlegende Voraussetzung für den Aufbau und die Weiterentwicklung gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung ist die politische Federführung“, so Dr. Reimann. ISA



Arbeitsprinzipien für Bürgerpartizipation (nach Alex Willener)

- ▶ Empowerment, damit bei Bürgerbeteiligungsverfahren auch jene Personen mitmachen, die es sich weniger zutrauen (z.B. alte Menschen, Migranten oder Kinder).
- ▶ Kooperation und Vernetzung, damit das Mitwirkungsverfahren von allen wichtigen Akteuren getragen wird.
- ▶ Transdisziplinarität, d.h. die Verbindung von wissenschaftlichem und praktischem Wissen, damit der Komplexität von Gemeindeentwicklung Rechnung getragen wird.
- ▶ Balance zwischen Produkt und Prozess: Nicht nur das Ergebnis ist wichtig, sondern auch der Lernprozess für die Beteiligten.
- ▶ Geschlechtergerechtigkeit, damit Frauen und Männer mit gleichen Chancen zum Zug kommen.
- ▶ Gestaltung der Vielfalt, damit unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen mitmachen.
- ▶ Vielfalt der Gestaltung, damit die Mitwirkungsaktivitäten attraktiv, farbenfroh und erlebnisorientiert werden.
- ▶ Nachhaltige Wirkung, damit die Beteiligung der Bürger keine Eintagsfliege bleibt, sondern zu einer Kultur der Beteiligung in der Gemeinde führt.